



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

29. Sitzung (öffentlich)

09. Oktober 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:20 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Abgesetzt werden folgende Tagesordnungspunkte:

„Die Lebensqualität von schwerstkranken Kindern und ihren Familien verbessern – pädiatrische Palliativ- und Hospizversorgung in Nordrhein-Westfalen unterstützen und bedarfsgerecht weiterentwickeln“. – Dazu gibt es noch keine interfraktionelle Verständigung.

„Aktueller Sachstand hinsichtlich der Vorgänge bei verschiedenen Transplantationszentren“. – Dazu liegt noch kein Bericht der Landesregierung vor.

„Stand der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege 2012 – 2015“. – Dazu liegt noch kein Bericht der Landesregierung vor; die antragstellende SPD-Fraktion hatte ihren Berichtswunsch zwölf Stunden zu spät angemeldet.

„Aktuelle Ausbildungssituation in Nordrhein-Westfalen“. – Das MAIS bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt in der

November-Sitzung des AGS-Ausschusses aufzurufen, um den vorgesehenen Bericht der Landesregierung zwischenzeitlich mit konkreten Zahlen unterfüttern zu können.

Die Nummerierung der zu behandelnden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Zu den Punkten „Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Energierechts“ und „Entwurf einer Verordnung zur Zuweisung weiterer Aufgaben an das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz“ gibt es keinen Erläuterungsbedarf.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

a) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Vorlage 16/1121

– Bericht der Landesregierung

b) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Vorlage 16/1072

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt die Berichte der Landesregierung zur Kenntnis.

2 Gesetz zur Änderung des Krebsregistergesetzes

24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3206

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3206 anzunehmen.

Als Berichterstatter für das Plenum wird Herr Ünal benannt.

3 Bericht über die Situation der Krebsversorgung in Nordrhein-Westfalen 25

Vorlage 16/1217

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

4 Bericht über die Umsetzung der bundesrechtlichen Hygienevorschriften in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern 28

Vorlage 16/1218

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

5 Bericht über die Schließung der beiden Altenheime in Meerbusch 29

Vorlage 16/1219

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

6 Jahresbericht 2012 der Arbeitsschutzverwaltung 30

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Energierechts 35

Vorlage 16/1111

Der Ausschuss stimmt dem Entwurf der Verordnung zu.

8 Entwurf einer Verordnung zur Zuweisung weiterer Aufgaben an das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz 36

Vorlage 16/1125

Der Ausschuss stimmt dem Entwurf der Verordnung zu.

9 Stärkung der gemeinwohlorientierten solidarischen Wirtschaft 37

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3228

Der Ausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis und beschließt, sich an der am 13. November dieses Jahres stattfindenden Anhörung des Wirtschaftsausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

10 Verschiedenes 38

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Krebsregistergesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3206

Vorsitzender Günter Garbrecht stellt fest, zu diesem Tagesordnungspunkt sei – gemäß einer Vereinbarung der Fraktionen – eine abschließende Abstimmung vorgesehen. In der letzten Sitzung sei die Abstimmung über den infrage stehenden Gesetzentwurf auf Wunsch der CDU-Fraktion verschoben worden. Weitere Beratungswünsche seien nicht an ihn herangetragen worden. Auch sei aus der Mitte des Ausschusses heraus nicht der Wunsch nach einem Expertengespräch geäußert worden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3206 anzunehmen.

Als Berichterstatter für das Plenum wird Herr Ünal benannt.

